

Presseecho zum

Offenen Brief

Rauchschutz in Gaststätten (TI und BS/BL)

von Landrätin Elisabeth Augstburger, Grossrätin Andrea Bollinger, Grossrat Lorenz Nägelin, Landrat Martin Rüegg, Grossrat Rolf Stürm und Landrätin Judith Van der Merwe, initiiert am 17.03.06

Basler Zeitung, baz, 25.03.06, Seite 17

Raucher-Konzept kritisiert

66 Parlamentarier fordern «konsequenten Gesundheitsschutz»

PHILIPP LOSER

«Befremdet» zeigen sich 66 Kantonsparlamentarier der beiden Basel über das Vorgehen der Gesundheitsdirektoren in Sachen Nichtraucherenschutz. Die Kritisierten reagieren gelassen.

«Regierungsrat Erich Straumann soll seine Pfeife zur Seite legen, die Ärmel hochkrempeln und dem Parlament eine Vorlage für einen wirksamen Nichtraucherenschutz vorlegen!» SP-Landrat Martin Rüegg reagiert nicht gerade gehalten, wenn er auf die Ideen des Baselbieter Gesundheitsdirektors Erich Straumann (SVP) angesprochen wird. Dieser würde die Hände in den Schoss legen und «auf Zeit spielen».

KONSEQUENTE MASSNAHMEN. Konkret richtet sich Rüeggs Kritik an Straumanns Nichtraucher-Konzept. Vor zwei Wochen machte die baz publik, dass Straumann gemeinsam mit seinen Basler Kollegen Carlo Conti (CVP) und Guy Morin (Grüne) den Gastroverbänden von beiden Basel den Auftrag erteilte, ein Nichtraucher-Konzept zu erarbeiten. Bis Ostern muss das Konzept den beiden Regierungen vorgelegt werden, danach soll ein «Nichtraucher-Gesamtpaket» geschnürt und dieses den beiden Parlamenten vorgelegt werden. Die Idee dahinter: Nicht per Gesetz sollen die Nichtraucher geschützt werden, sondern auf freiwilliger Basis.

«Von diesem Konzept erwarte ich nicht allzu viel», sagt Landrat Rüegg, «dabei wäre es nach dem klaren Tessiner Entscheid gegen das Rauchen angezeigt gewesen, konsequente Massnahmen an die Hand zu nehmen.» Aus diesem Grund hat Rüegg,

der im Landrat schon verschiedene Nichtraucher-Vorstösse lanciert hat, gemeinsam mit Landratskollegin Elisabeth Augstburger (EVP) einen offenen Brief an Straumann und Conti initiiert.

35 Landräte und 31 Grossräte des gesamten Parteienspektrums haben den Brief unterschrieben, in dem das «halbherzige Vorgehen» der Gesundheitsdirektoren kritisiert wird: «Freiwilligkeit hat leider noch nirgends zu einem wirkungsvollen Nichtraucherenschutz geführt», heisst im gestern verschickten Schreiben. Und weiter: «Wir hoffen, dass die Wirteverbände und die Tabakindustrie zu einer umfassenden Regelung Hand bieten.» Man wolle verhindern, dass der Nichtraucherenschutz verwässert werde, sagt SP-Grossrätin Andrea Bollinger, dabei gehe es ihr nicht unbedingt um den Schutz der Gäste, sondern vielmehr der Restaurant-Angestellten.

Die Unterschriften habe man «unglaublich schnell» beisammen gehabt, so FDP-Grossrat Rolf Stürm. «Wir wollen damit ein Signal nach Bern senden. Dort soll man die Meinung unserer Gesundheitsdirektoren bitte nicht ernst nehmen.»

ZWEI VOLKSINITIATIVEN. Trotzdem will man den beiden Gesundheitsdirektoren jetzt bis Ostern Zeit geben und danach das Gesamtpaket beurteilen. Falle es zu wenig konsequent aus, kündigt Stürm schon heute eine Volksinitiative in den beiden Basel an.

«Von Halbherzigkeit kann keine Rede sein», kontert der angeschossene Regierungsrat Carlo Conti. «Die

Parlamentarier rennen mit ihrem Brief offene Türen ein.» Schon vor der Abstimmung im Tessin sei man sich einig gewesen, mehr für den Nichtraucherenschutz tun zu müssen. Dabei gebe es zwei Ansätze, so Conti: Den Weg übers Gesetz oder den Weg der freiwilligen Selbstbeschränkung: «Ich bin Anhänger der zweiten Variante. Aber ich sage deutlich: Entschieden ist noch gar nichts.» Zudem arbeite man bereits heute auf gesetzlicher Basis. Das revidierte Gastwirtschaftsgesetz von 2004 schreibt vor, dass alle Restaurationsbetriebe mit mehr als 1000 Quadratmetern Fläche zwingend Nichtraucher-Plätze anbieten müssen. «Von diesem Gesetz gehen wir aus – und engen die Anforderungen an die Restaurants weiter ein», sagt Conti.

DER REGIERUNG ZEIT LASSEN. Sein Baselbieter Kollege Straumann kann mit der geäusserten Kritik ebenfalls nicht viel anfangen: «Sie kommt viel zu früh.» Man solle der Regierung doch die Zeit lassen, die von den Gastroverbänden vorgebrachten Ideen zu prüfen: «Die Parlamentarier wissen heute ja noch gar nicht, was für eine Lösung wir dereinst präsentieren werden», sagt Straumann.

Der Regierungsrat glaubt immer noch, dass ein Konzept, basierend auf der Eigenverantwortung der Wirte, funktionieren könnte. «Die strikten Forderungen sind vom Entscheid im Tessin abgeleitet. Dabei kann man die beiden Situationen gar nicht vergleichen.» Im Tessin spielten sich die meisten Restaurantbesuche im Freien ab, «und dort kann immer noch geraucht werden.»

Parlamentarier fordern ein Rauchverbot

BASEL/LIESTAL. In einem offenen Brief richten sich Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus den beiden Basel an die Gesundheitsdirektoren Erich Straumann (BL) und Carlo Conti (BS). Die 66 Unterzeichner des Briefes fordern von den beiden Regierungsräten, dass sie «klare Regelungen

formulieren», damit Restaurants rauchfrei werden. Denn «Regeln, die für alle gelten, sind wirkungsvoller als laue Aufrufe zur Selbstregulierung», begründen die Politiker. Conti und Straumann möchten es nämlich den Wirten selbst überlassen, den Gästen freiwillig rauchfreie Räume anzubie-

ten. Die Gross- und Landräte befürchten aber, dass damit wenig erreicht wird und ein «ungesundes Rauchzeichen» gesetzt wird. «Freiwilligkeit hat leider noch nirgends innert nützlicher Frist zu einem wirksamen Nichtraucherschutz geführt», schreiben die Parlamentarier. (bz)

Raucherkonzept geht Conti zu wenig weit

BASEL/LIESTAL. Die Regierungen der beiden Basel haben eine erste Bewertung des Nichtraucherkonzepts der beiden Gastroverbände vorgenommen. «Das Konzept zielt in die richtige Richtung. Aber in einigen Punkten geht es uns zu wenig weit», bestätigt der Basler Gesundheitsdirektor Carlo Conti (CVP) einen Bericht des «Regionaljournals DRS». Die Gastroverbände haben in ihrem Papier festgehalten, dass «über die Hälfte» der Restaurants Angebote für Nichtraucher bereitstellen sollen. Zu wenig für Conti. Zudem würden im Konzept mögliche Sanktionen gegen fehlbare Wirte fehlen. Das Papier wird nun in beiden Regierung besprochen. Möglichst rasch soll es zu weiteren Verhandlungen zwischen Regierung und Gastroverbänden kommen. los

Basler Beizen bald rauchfrei?

Gastroverbände erhalten eine letzte Chance, ihr Konzept zu korrigieren

PHILIPP LOSER

Die erste Version des Nichtraucherkonzepts der Gastroverbände befriedigt die Regierung nicht. Die Wirte müssen nachlegen – was von Gesundheitspolitikern scharf kritisiert wird.

«Der Termin war klar. Dass die Gastroverbände ihr Konzept jetzt noch einmal nachbessern dürfen, ist inakzeptabel», empört sich FDP-Grossrat Rolf Stürm. Auch SP-Grossrätin Andrea Bollinger findet es «absolut unverständlich», dass die Verbände zum Nachsitzen antreten müssen: «Wie lange haben die eigentlich noch Zeit?»

Beide Grossräte gehören zu den über 70 Parlamentariern aus beiden Basel, die in einem offenen Brief das «halbherzige Vorgehen» der Gesundheitsdirektoren kritisierten und ein totales Rauchverbot forderten. Auslöser für den Brief war der Auftrag der Regierungsräte Carlo Conti (CVP, BS), Guy Morin (Grüne, BS) und Erich Straumann (SVP, BL) an die Gastroverbände von Baselland und Basel-Stadt, ein Nichtraucherkonzept zu erarbeiten. Ziel: Statt per Gesetz sollen die Nichtraucher auf freiwilliger Basis geschützt werden.

Abgabetermin für das Konzept war Ostern. Vergangene Woche wurde das Papier einer ersten Prüfung unterzogen – und an den Absender zurückgeschickt. Das Konzept geht Carlo Conti in drei Punkten zu wenig weit: Erstens sei die vorgesehene Anzahl der Nichtraucherbetriebe zu niedrig, zweitens fehlten Sanktionsmöglichkeiten gegen fehlbare Wirte und drittens sei die Einführung über einen zu

langen Zeitraum geplant. «Unsere Ziele müssen ambitiös sein, aber realistisch bleiben», entgegnet Maurus Ebnetter, Delegierter des Vorstands des Basler Wirtverbandes. Bei der Präsentation von unrealistischen Zielen laufe man Gefahr, diese nicht einhalten zu können: «Herr Conti geht von einem Raucher-Nichtraucherverhältnis in der Bevölkerung von 30 zu 70 Prozent aus. Der einzelne Wirt rechnet hingegen, wie viele seiner Gäste Raucher sind und wie viel diese zum Umsatz beitragen.» Wie die Einführung des Konzepts im Detail aussieht, und wie viele Nichtraucherangebote die Gastroverbände vorschlagen, will Ebnetter nicht sagen. Im Vorfeld war stets die Rede von «mehr als der Hälfte» aller rund 1600 Betriebe in Stadt und Land.

VERNÜNFTIGE LÖSUNGEN. In den kommenden Tagen werden sich Regierungen und Verbände treffen, um die Änderungen zu diskutieren. Man habe die Fundamentalopposition aufgegeben und biete Hand zu vernünftigen Lösungen, sagt Ebnetter vage. «Wir wehren uns auch nicht gegen Gesetze, solange sie massvoll ausgestaltet sind.»

Für den Wirtverband steht viel auf dem Spiel. Noch immer ist die Forderung nach einem totalen Rauchverbot im Raum. Geht es nach Andrea Bollinger, soll dieses lieber heute als morgen eingeführt werden: «Die beste Lösung ist ein generelles Verbot mit der Möglichkeit von abgeschlossenen Fumoirs nach Tessiner Vorbild.»

Politik gegen das Gastgewerbe

In einem offenen Brief an die beiden Basler Regierungen setzten sich 66 Kantonsparlamentarier für ein generelles Rauchverbot in Gaststätten ein. Bedenklich ist, dass auch zahlreiche Mitglieder bürgerlicher Parteien ordnungs- und wirtschaftspolitische Aspekte völlig ausblenden und alles der

«Religion Gesundheit» unterordnen. Offenbar ist es nicht mehr üblich, Güterabwägungen vorzunehmen: Werte wie Freiheit, Eigenverantwortung, Tradition, Geselligkeit oder Arbeitsplatzsicherheit werden nicht berücksichtigt. Echte Liberale gibt es halt nur noch wenige. Dafür um so mehr Staatsgläubige...

Basel-Stadt

Bündnis

Haeberli Karin
Labhardt Lukas
Lachenmaier Anita
Pfister Annemarie
Wüthrich Michael

DSP

Maurer Stephan

CVP

Schal Helen

FDP

Heuss Christine
Locher Christine
Ullmann Emmanuel
Stürm Rolf

SP

Amstad Hermann
Banderet-Richner Susanna
Berger-Coenen Maria
Bollinger Andrea
Camilibel Ugur
Engeler Roland
Goepfert Jan
Kanber Hasan
König-Lüdlin Dominique
Küng Peter
Heilbronner Brigitte
Saner Martina

Widmer Ruth

SVP

Braun Désirée
Casagrande Toni
Nägelin Lorenz
Rutschmann Eduard

VEW

Joerg Urs VEW BS
Pfeifer Annemarie VEW BS
Schmutz Matthias VEW BS
Stohrer Dieter VEW BS
Von Bidder Annemarie VEW BS

Basel-Land

CVP

Bachmann Rita
Gorrencourt Christine
Schneider Elisabeth
Schuler Agathe

EVP

Augstburger Elisabeth
Rohrbach Paul

FDP

Richterich Rolf
Van der Merwe Judith
Wenk Daniel

Grüne

Göschke Madlaine
Martlin Sara

Morel Etienne
Schoch Philipp
Wiedemann Jürg

SD

Blatter Margrit
Hammel Urs
Keller Rudolf

SP

Abt Simone
Aebi Heinz
Brassel Ruedi
Fankhauser Pia
Fuchs Bea
Halder Jacqueline
Helfenstein Andreas
Degen Jürg
Hintermann Urs
Jäggi Ursula
Marbet Annemarie
Meschberger Regula
Münster Daniel
Rudin Christoph
Rüegg Martin
Schmied Elsbeth
Svoboda Paul
Ziegler Röbi

SVP

Straumann Dominik

Weitere key words: Tessin, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Rauchschutz, Lungenliga, Krebsliga, Schutz vor Passivrauchen, Nichtraucher, Raucher, Grosser Rat, Landrat, Gesundheitsdirektoren, Gesundheitsdirektor, Gesundheitsdirektion, Gesundheitspolitik, Prävention, Conti, Straumann, Philipp Loser